



MARKUS GISLER

**Stärkere
Verschuldung des
Staats vermeiden**

Am Dienstag publiziert die Maschinenindustrie Schreckenszahlen: Der Auftragseingang brach im ersten Quartal um über 40 Prozent ein. Zwei Tage später folgte die Bestätigung aus der Realwirtschaft: Georg Fischer meldete einen Umsatzeinbruch im ersten Quartal von 38 Prozent. Doch offensichtlich geht es längst nicht allen Sektoren schlecht. Die Exporte medizinischer Instrumente etwa haben in dieser Periode um 13,5 Prozent zugenommen, und die Ausfuhren von klassischen Industrieprodukten wie Elektromotoren lagen über 5 Prozent im Plus. Auch wenn Quartalszahlen mit Vorsicht zu interpretieren sind, so zeigen sie doch, dass Bereiche mit hoher Wertschöpfung viel weniger anfällig sind als Produkte mit geringer Wertschöpfung. GF ist ein gutes Beispiel für die Krise in einem Bereich mit mageren Margen: Fast die Hälfte des Umsatzes macht sie mit gegossenen Autobestandteilen. Massenprodukte, die in schlechten Zeiten sogar unter den Gesteigungskosten verkauft werden müssen. Entsprechend war das Betriebsergebnis von GF-Automotiv schon im letzten Jahr negativ. Die angekündigte Strukturanpassung ist dringend nötig.

Die Aussage von Swissmem-Präsident Johann Schneider-Amann, wonach sich «für viele Unternehmen der Zugang zum Kredit- und Kapitalmarkt verschlechtert hat», ist dazu angetan, seine Verbandsmitglieder bei der Stange zu halten. Fakt ist, dass dies offensichtlich nur auf jene Firmen zutrifft, die ohnehin in strukturellen Schwierigkeiten stecken und es in den letzten fetten Jahren verpasst hatten, die nötigen Anpassungen vorzunehmen. Wir erinnern uns: In den Jahren 2004 bis 2007 berichtete die Maschinenindustrie geradezu euphorisch über Umsatzzuwächse. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass Wirtschaftsministerin Doris Leuthard Schneider-Amann gestern öffentlich eine Absage erteilte. Nicht einmal die Exportrisikogarantie wird ausgeschöpft.

Derzeit drängen insbesondere die USA und Grossbritannien oder der Internationale Währungsfonds zu staatlichen Schuldenprogrammen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Die Schweiz tut gut daran, in diesem Spiel nicht mitzumachen. Gerade die Briten haben diese Woche erfahren, was es heisst, wenn die Staatsschulden aus dem Ruder laufen. Die Warnung einer Rating-Agentur hat die Staatspapiere massiv verteuert. Das nächste Debakel sind bankrotte Staaten. Nebst Ungarn, Rumänien oder Litauen sind auch Italien oder Spanien Kandidaten, manche reden sogar von Deutschland. Die weitsichtigste Vorsorge aus Staatssicht ist es deshalb, jetzt die Finanzen unter Kontrolle zu haben und die Staatsschulden nicht zu erhöhen. Gouverner, c'est prévoir.

Freie Arztwahl nur noch gegen Aufpreis

Politiker wollen Managed Care als Standard in der Grundversicherung

VON PETRA WESSALOWSKI
UND DENIS VON BURG

BERN In den Parteien herrscht weitgehend Einigkeit, dass Managed Care der Normalfall in der Grundversicherung wird. Versicherte, die nicht das Hausarztssystem oder ein Ärztenetzwerk wählen, sollen mehr bezahlen. Anfang Mai traf sich die zuständige Subkommission der nationalrätlichen Gesundheitskommission zu einer ersten Anhörung. Seither wird über die Bedingungen für die sogenannten integrierten Versorgungsnetze diskutiert, in denen ein Arzt zusammen mit dem Patienten die Steuerung der Behandlung übernimmt.

Den Paradigmenwechsel hat CVP-Nationalrätin Ruth Humbel bereits im Januar vorgeschlagen. «Managed Care muss die Regel werden, und wer das nicht will, soll wesentlich höhere Prämien und Kostenbeteiligungen zahlen.» Die Aargauerin stellt sich eine Franchise von 500 oder 1000 Franken sowie einen Selbstbehalt von 20 Prozent zuzüglich der neuen Praxisgebühr von 30 Franken vor. Mit der überdurchschnittlichen Prämienhöhung von 20 Prozent für 2010 erhält der Antrag mehr Schub.

Umstritten ist, ob Managed Care obligatorisch werden soll

Unterstützung erhält Humbel von der SVP. Der Zürcher Nationalrat Toni Bortoluzzi möchte, dass das Hausarztmodell mit Budgetverantwortung in der Grundversicherung obligatorisch wird. «Wem das nicht passt, der soll eine Zusatzversicherung abschliessen.»

Auch die SP setzt sich für einen Wechsel ein, wie sie in einer letzte Woche eingereichten dringlichen Interpellation einmal mehr bekräftigte. «Die Versicherungen müssen gezwungen werden, in allen Regionen Hausarztmodelle anzubieten», sagt SP-Vizepräsidentin Jacqueline Fehr. Das von CVP und SVP verlangte Obligatorium sieht sie kritisch, da in vielen abgelegenen Regionen gar keine Managed-Care-Modelle angeboten werden. «Diese Patienten würde man für die Unterlassung der Versicherungen bestrafen.»



Untersuchung beim Hausarzt: Behandlung ohne Mehrkosten FOTO: KEY

Keine Franchise bei Managed Care

Die Gesundheitspolitiker aller Parteien diskutieren derzeit über die Rahmenbedingungen für Managed Care.

Einigkeit herrscht beim Leistungskatalog: Er soll nicht eingeschränkt werden. Ebenso ist klar, dass Versicherte, die sich gegen das Managed-Care-Modell entscheiden, einen höheren Selbstbehalt übernehmen sollen. Vorgeschlagen werden 20 Prozent statt wie derzeit 10 Prozent. Der Selbstbehalt könnte für Versicherte mit Managed Care auch ganz aufgehoben werden.

Bei der Franchise gibt es unterschiedliche Vorstellungen. So könnte Versicherten im Hausarztmodell nach Meinung beispielsweise der Grünen die Franchise erlassen werden. Für die Freisinnigen wäre für herkömmlich Versicherte auch eine Mindestfranchise von 1000 Franken denkbar – bei gleichzeitig höheren Prämien als beim Hausarztmodell. Ziel sind mehrjährige Verträge, ein Wechsel zwischen den Versicherungen wäre möglich.

Uneinigkeit herrscht, ob Managed Care obligatorisch werden soll. So weit möchte der Tessiner FDP-Nationalrat und FMH-Vizepräsident Ignazio Cassis nicht gehen. Die Versicherten sollen in der Grundversicherung wählen können, ob sie Managed Care bevorzugen oder beim geltenden System bleiben wollen. Wer sich für Letzteres entscheidet, den will auch die FDP mit einer höheren Kostenbeteiligung bestrafen.

Es handelt sich nicht um ein medizinisches Billigangebot

Bei den Grünen verfügt Nationalrätin Yvonne Gilli über eigene Erfahrungen mit Managed Care. Sie arbeitet als Allgemeinmedizinerin im Ärztenetzwerk Xundart in Wil SG. Auch sie spricht sich gegen ein Obligatorium aus, weil dann «alle Ärzte in ein Netzwerk aufgenommen werden müssten».

Denkbar wäre sogar eine Aufhebung des Vertragszwangs – zugunsten der Ärzte in Managed-Care-Praxen. Damit spricht Gilli auch die Qualitätsfrage an, die im Vordergrund stehe. «Managed Care ist nicht einfach ein Sparmodell.» Bei den Versicherten herrsche fälschlicherweise die Vorstellung, dass es sich um ein medizinisches Billigangebot handle, stellt Felix Schneuwly fest, Sprecher des Krankenkassenverbands. Und er räumt Fehler im Marketing der Kassen ein. Derzeit hat erst ein Viertel der Bevölkerung das Hausarztmodell gewählt. Vor allem in der Westschweiz, wo auch die Gesundheitskosten hoch sind, fehlen Angebote.

Obwohl keine der Fraktionen offiziell eine Meinung gefasst hat, ist ein Konsens absehbar. Jacqueline Fehr sieht Chancen für ein paralleles System, das auf Freiwilligkeit beruht – und sich aufgrund der finanziellen Anreize durchsetzen soll.

Für diesen Vorschlag wären sogar die Ärzte und die Kassen zu haben. «Wenn die Versicherten ohne Zwang wählen können, haben wir nichts dagegen», sagt FMH-Präsident Jacques de Haller. Laut Schneuwly könnte der Druck endlich so hoch sein, dass gehandelt wird.

Die Subkommission will ihre Vorschläge im August der Gesundheitskommission präsentieren.

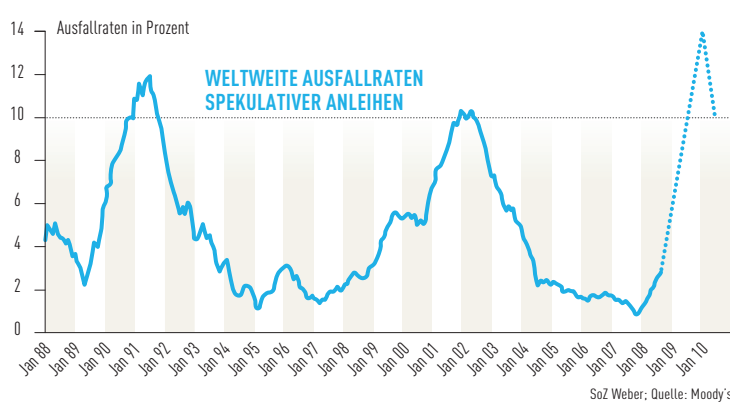
▶ FORTSETZUNG VON SEITE 49

Finma schockt Banken

einen Verlust von 6 und für die UBS einen von 12 Milliarden Franken. Damit ist klar, dass die UBS bei einem derart hohen Verlust – allein aus dem Schweizer Kreditgeschäft – weiteres Kapital aufnehmen müsste. Dies dürfte eine Erklärung sein, warum der Finma-Präsident Eugen Haltiner davor warnt, die UBS vom Staats-Engagement zu befreien.

Das Finma-Krisenszenario ist dabei nicht mal besonders düster. Bei Junkbond-Anleihen rechnet Moody's inzwischen mit einer Ausfallrate von über 14 Prozent bis Ende Jahr (siehe Grafik).

Moody's: Ausfallrate bis 14 Prozent



«Swissmem-Fonds» über 5 Milliarden Franken

Pensionskassen sollen Gelder bereitstellen – Bund soll garantieren

BERN Johann Schneider-Amann regt angesichts der drohenden Kreditverknappung einen Überbrückungsfonds für die Metall- und Elektroindustriunternehmen in der Schweiz an. Der FDP-Nationalrat, Unternehmer und Präsident des Branchenverbands Swissmem befürchtet, dass den stark exportorientierten Firmen die Luft abgeschnitten wird und Betriebe schliessen müssen.

Der Überbrückungsfonds soll hier in die Lücke springen und die Unternehmen mit nötiger Liquidität versorgen. Schneider-Amanns Parteikollege, Natio-

nalrat Otto Ineichen, regt die Öffnung eines «Swissmem-Fonds» in der Höhe von 5 Milliarden Franken in Raten an. Gespeist werden soll der Fonds mit Pensionskassengeldern. «Ich habe bereits mit mehreren Pensionskassen gesprochen und habe Zusagen in der Höhe von einigen Milliarden Franken erhalten», sagt er. Die Einlagen sollen mit zwei bis drei Prozent verzinst werden. Der Bund soll dabei Garantien übernehmen, wenn es zu Ausfällen kommt.

Um den Bund schadlos zu halten, schlägt Ineichen einen zu-

sätzlichen, von der Bevölkerung gespeisten Solidaritätsfonds vor, um allfällige Verluste zu decken. So sollen nochmals 50 Millionen Franken zusammenkommen. «Das wäre ein Zeichen, dass die Bevölkerung hinter der Exportindustrie steht.»

Verwaltet werden sollen die Gelder direkt vom Verband Swissmem. Ein Gremium soll entscheiden, welchem Unternehmen Kredite gewährt werden. Unterstützt werden sollen nicht marode Firmen, sondern Unternehmen, die in Zukunftstechnologien investieren wollen.

BEAT SCHMID